



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den

Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Belegpreis: Die neuemal geöffnete Komparativenzeile über diesen  
Jahrs 20 Pf. für Gemüseanziegen 20 Pf. für die Fleischanziegen (ausreichend  
an den drei preiswerten Teilen eines Tagesfeiles) 1,50 RM. Kaufmannszeitung nur  
mit dem Preis von 20 Pf. am 1. August in der Ausstellung Dresden-U. 1, Gutelebenholtzstrasse 2

Belegpreis: Ist dies monatlich 2,50 RM (abholbar im satzus), durch  
die Post 3,00 RM (ohne Zollabgabe). Die „Arbeiterfront“ erfordert 10 Pf.  
auf, sofern es kein Sonn- und Feiertag. In allen höheren Gewalt besteht kein  
Wahlrecht auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurücknahme des Belegpreises.

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-U. Geschäftsstelle und Re-  
daktion: Güterbahnhofstr. 2, Telefon 17230. Postleitziffer: Dresden 18 400.  
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr  
Betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Dienstags 15-19 Uhr juristische Sprechstunden.

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 28. Juli 1930

Nummer 173

Kommunisten! Tragt den Sturm übers Land!

# Nieder mit dem Steuerraub!

Diktaturverordnung über „Notopfer“, Neger-, Ledigen-, Getränkesteuer, über Unterstützungsraub  
und Krankenversicherung von Hindenburg und Brüning erlassen

## Folgende Maßnahmen sofort einleiten!

Dresden, den 28. Juli

Die auf Grund des Artikels 48 verkündete Steuernotverordnung Hindenburgs und der Bürgerblockregierung ist der frechste Raubzug auf die Taschen der werktätigen Bevölkerung. Alle Schichten, angefangen von den betrieblichen Arbeitern und Erwerbslosen, den unteren Angestellten und Beamten bis zum Mittelstand und dem Kleinbauernstand, werden davon betroffen. Aus der „Kannele Vol“ sollen hunderte von Millionen Youngsteuern eingetrieben werden, um den Haushalt der Youngrepublik zu sanieren, die kapitalistischen Lohn- und Gehaltstreuber zu entlasten.

Die deutschen Kronvögte der Morgan u. Co. sollen sich verrechnet haben. Wir Kommunisten werden eine Millionenfront der Ausgebeuteten organisieren. Wir werden den Sturm durchs Land tragen im Kampf gegen den ungeheuerlichen Steuer- und Lohnraub.

Wir fordern alle unterer Organisationen der Kommunistischen Partei, alle mit uns sympathisierenden Organisationen auf, noch heute und in den nächsten Tagen alle erforderlichen Maßnahmen zur Organisierung des Kampfes zu treffen.

Sämtliche kommunistischen Gemeindektionen sind angewiesen, die sofortige Einberufung der Gemeindeparlamente zu fordern. Es ist die Annahme eines Antrages zu fordern, wonach die Gemeinde es ablehnt, auch nur einen Pfennig der massenbelastenden Steuern einzutreiben.

Es sind sofort in allen Städten und Gemeinden überparteiliche Kampfausschüsse aus breiterer Grundlage unter Einbeziehung der Betriebe, der Stempelstellen, der Angestellten und Beamten, der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden zu bilden mit dem Zweck der Organisierung des revolutionären Massenkampfes gegen die frechen und ungesehlichen Steuern der Brüning-Regierung.

Die Käufmärsche am 1. August, die Vorbereitungen zum KGD-Kongress am 9. und 10. August sind außer den ihnen zugewiesenen besonderen Aufgaben im Zeichen des Kampfes gegen den Steuerraub zu vollziehen.

In allen Orten, in der Stadt und auf dem Lande, ist sofort eine breite Versammlungstätigkeit zu organisieren, in dem die Freunde der arbeitenden Klasse, die Youngkäpitalisten, ihre faulheitlichen Streikbrecher und sozialdemokratischen Koalitionspolitiker vor den breitesten Massen entlarvt werden.

In unserem ganzen Wahlkampf hat die außerparlamentarische Mobilisation gegen Lohn-, Gehalt- und Steuerraub zu stehen.

Nieder mit dem Youngplan, mit den deutschen und internationalen Kronvögten! Millionenkampffront unter Führung der Kommunistischen Partei!

Proletarische Diktatur gegen faschistische Diktatur!

## Der Inhalt der Diktaturverordnung

### 1. Der Raubbau an den Beamtengehältern, genannt „Reichshilfe“

2 1/2 Prozent Gehaltsabzug aller der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten für die Zeit vom 1. September 1930 bis zum 1. April 1931. Für jedes Kind werden die Bruttobezüge, die unter die Gehaltskürzung fallen, um 20 Mark monatlich herabgesetzt. Nur diejenigen, die unter 2000 Mark Bruttogehalt im Jahr beziehen, sind frei.

Die Aufsichtsratsmitglieder sollen ebenfalls mit 60 v. H. für die Notopfer belastet werden. Die Herren Aufsichtsräte werden in Zukunft eben nicht mehr Tantiemen, sondern Spesen berechnen.

### 2. Einkommensteuerzuschlag und Ledigensteuer

Die Ledigen werden mit einem Zuschlag von 10 Prozent zur Einkommensteuer besteuert. Außerdem werden die Ermäßigungen, die durch die Herausziehung der Steuerfreien Grenze erfolgten, wieder aufgehoben bis zum Höchstzulage von 3 Mark monatlich. Danach unterliegen alle Ledigen mit 220 Mark Monatseinkommen diesem 10prozentigen Zuschlag und der Erhöhung der bisherigen Steuer um 3 Mark. Darunter fallen auch Vermietete ohne Kinder. Von 1. September 1930 bis 31. März 1931 soll diese Steuer bei den Lohn- und Gehaltsempfängern abgezogen werden. Berannte Personen sollen für 60 vom Hundert der Jahressteuer den Ledigenzuschlag entrichten.

### 3. Getränkesteuer

Die Gemeinden erhalten das Recht, Zuläufe zu den Getränken Bier, Kaffee, Mineralwasser usw. durch eine Gemeindegetränkesteuer zu erheben, die mindestens 5 Prozent des Kleinhandelspreises beträgt. Ausgenommen davon soll lediglich

zu eröffnen und für die Durchführung des Steuerprogramms der KPD — Sondersteuer für Millionäre und aller hohen Vermögen, Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne in der Höhe von 10 Prozent, Sondersteuer auf Aufsichtsratsmitgliedern und sonstige Vergütungen in der Höhe von 20 Prozent, Sondersteuer von 10 Prozent für die großen Einkommen von über 50 000 Reichsmark pro Jahr, Einbehaltung aller hohen Beamten- und Angestelltengehälter über 8000 Mark, sowie aller Pensionen über 6000 Mark, Erhöhung der Unterhaltszulage der Erwerbslosen, der Invaliden- und Kriegsopferrenten, Ausbau der Krankenversicherung des Mutter- und Kindergeldes, Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und schlecht bezahlten Angestellten und Beamten — den aufzunehmen; ferner vom Rat zu fordern:

- a) die Verordnung Gemeindesteuer, betr. Kopfsteuer, Gemeindebiersteuer und Gemeindegetränkesteuer nicht durchzuführen;
- b) sofortigen Abzug aller Gehälter über 8000 Mark und Pensionen über 6000 Mark;
- c) Einführung einer Sondersteuer für Millionäre, Sondersteuer auf Dividenden und höhere Einkommen (s. obigen Antrag);
- d) sofortige Streichung aller im Haushaltplan eingesetzten Mittel für Polizei, Feststellen und Empfänge, Beihilfen für reaktionäre Organisationen sowie alle Mittel für reaktionäre Zwecke;
- e) Steuerzuschlag für alle Gewerbetreibenden, deren Reineinkommen 5000 Mark jährlich nicht übersteigt, soweit die Gewerbetreibenden in eigener Werkstatt oder Laden arbeiten und fremde Hilfskräfte nicht beschäftigen;
- f) sofortige Aufhebung der Gemeindezuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer.

Schneider und Genossen.

## KPD fordert sofortige Einberufung des Landtages

Keinen Pfennig dem Youngsystem! — ist ihr Programm

Dresden, den 28. Juli.

Erst nach Bekanntgabe der unerhörten Steuernotverordnung haben die kommunistischen Fraktionen des Landtages und des Dresdner Stadtparlaments eine Reihe von Anträgen eingebracht. Unter anderem wird die sofortige Einberufung des Landtages, also des Dresdner Stadtparlaments gefordert. Es wird gefordert, daß beschlossen wird, keinen einzigen Pfennig neuer Steuern, soweit sie die Arbeiter, mittleren Beamten und Angestellten und den Mittelstand betreffen, zu erheben.

Wir wissen, daß die Parlamente mit dieser Steuerpolitik zur Durchführung der Youngslaverei einverstanden sind. Trotzdem bitten wir uns, die wir den außerparlamentarischen Kampf führen, diese Anträge gestellt, um die Parteien, die gegen die Youngslaverei und Brüning-Diktatur schwören, vor einer präzisen Entscheidung zu stellen. Die Werktätigen werden ohne zweimalige Illusionen den Massenkampf unter Führung der KPD sofort aufnehmen.

In einem Brief an den Landtagspräsidenten schreibt die kommunistische Landtagsfraktion, daß durch die Notverordnung der Reichsregierung gerade die ärmeren Schichten belastet werden, und deren Not ins unerträgliche steigert. Deshalb fordert die Fraktion in ihrem Antrag, daß der Kampf gegen die Notverordnung aufgenommen werden muß und der Landtag sofort zu einer Sondertagung mit dem kommunistischen Antrag als einzigen Tagesordnungspunkt einberufen wird. Bekanntlich ist der Landtagspräsident der SPD, Alexander Wedel.

## Auch sofortige Einberufung des Dresdner Stadtparlaments verlangt

Das Stadtrat verordnetenkollegium erhebt den härtesten Protest gegen die von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen. Es fordert die werktätige Bevölkerung auf, sofort mit außerparlamentarischen Mitteln (Steuerstreik) den Kampf gegen diese brutalen Maßnahmen

**Heute 19 Uhr Empfangskundgebung**  
der Dresdner Arbeiterkinder vom Weltkindertreffen auf dem Freiberger Platz